

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
14.11.2011
Ausschussbetreuender Fachbereich
Bildung, Kultur, Schule und Sport
Schriftführung
Petra Weymans
Telefon-Nr.
02202-142554

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Sitzung am Dienstag, 27.09.2011

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:15 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 12.07.2011
- öffentlicher Teil -
*0457/2011***
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 Schulentwicklungsplanung, Bericht zum Sachstand**
0407/2011
- 7 Weiterentwicklung der Sozialpädagogischen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsmaßnahmen (SBBE) - Verwendung der zusätzlichen Mittel**
0450/2011
- 7.1 Erhöhte Landesförderung für das Außerunterrichtliche Angebot an den städtischen Grundschulen**
0481/2011
- 8 Jahresbericht Kultur 2010**
0376/2011
- 9 Bericht des Stadtarchivs über das Jahr 2010**
0250/2011
- 10 Theaterbericht 2010 der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH**
0426/2011
- 11 Anhebung der Eintrittsentgelte für die Städtische Villa Zanders**
0446/2011
- 12 Bericht des Stadtverbandes Kultur e.V.**
0374/2011
- 13 Jahresbericht 2010 Bürgerzentrum Schildgen**
0423/2011
- 14 Jahresbericht 2010 Bürgerzentrum Steinbreche**
0449/2011
- 15 Interkulturelles Filmfestival "Nahaufnahme"**
0459/2011
- 16 Anträge der Fraktionen**
- 16.1 Antrag der FDP-Fraktion zur Optimierung der Wahrnehmung und Zugänglichkeit der Villa Zanders**
0432/2011
- 17 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Herr Dr. Miede begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Frau Lehnert beantragt für die CDU-Fraktion die Absetzung des Tagesordnungspunktes A7 von der Tagesordnung bzw. die Vertagung, da die Fraktion hier noch erheblichen Beratungsbedarf habe.

Herr Dr. Miede stellt den Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport stimmt **einstimmig** für die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes von der Tagesordnung.

Herr Dr. Miede tritt in die Tagesordnung ein.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 12.07.2011 - öffentlicher Teil - *0457/2011*

Der Durchführungsbericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Dr. Speer trägt folgende Mitteilungen vor:

- Die Bildungsmesse vom 02.07.2011 sei dokumentiert und könne nun auf der städtischen Internetseite unter www.bergischgladbach.de/bildungslandschaft.aspx abgerufen werden. Ferner habe das Q1 über die Tagung einen Kurzfilm gedreht, der auch unter der angegebenen Internetadresse zu sehen sei.
- Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge habe diesmal auf die von Herrn Dr. Mieke initiierte und vom Rat beschlossene Resolution bzgl. der Sprachkurse reagiert. Derzeit fänden Gespräche zwischen dem BAMF und dem Fachbereich Bildung, Kultur, Schule und Sport statt.

6. Schulentwicklungsplanung, Bericht zum Sachstand *0407/2011*

Herr Dr. Mieke erinnert an die Erstellung des Schulentwicklungsplanes bis Frühjahr 2012. Er selbst befürchte, dass der Termin nicht eingehalten werden könne, da die Dringlichkeit in der Öffentlichkeit immer deutlicher werde. Es könne natürlich erst eine Beratung durchgeführt werden, wenn die Verwaltung eine entsprechende Vorlage erstellt habe.

Frau Lehnert findet, eine Auseinandersetzung mit der in der Vorlage beschriebenen Entwicklung sei bereits jetzt schon nötig. Es sei gut, dass der Ausschuss sich die Zeit nehme, um ergebnisoffen diskutieren zu können.

Herr Santillán schließt sich Frau Lehnert an. Ferner habe er eine Nachfrage zum ersten Absatz der Vorlage. Danach solle die Frage geprüft werden, ob ein Schulstandort aufgegeben werden könne. Er möchte gerne wissen, wer diese Frage stelle und ob darüber frei diskutiert werde. Zuletzt weist er auf den Schluss der Vorlage hin. Es solle vor weiteren Planungen die Verabschiedung des neuen Schulgesetzes abgewartet werden. Er finde, die Arbeitsgruppe solle sich dann auch mit der Frage der Errichtung einer zusätzlichen Gesamtschule befassen. Evtl. sei es möglich, dass eine Gesamtschule einen Schulstandort übernehme oder ein Zweckverband zwecks Errichtung einer neuen Gesamtschule mit einer anderen Kommune gegründet werde.

Herr Dr. Mieke antwortet auf die erste Frage von Herrn Santillán, selbstverständlich solle eine möglichst lebendige Diskussion geführt werden. Er lade ihn herzlich dazu ein, eigene Überlegungen anzubieten, wenn es soweit ist. Er möchte noch auf den letzten Absatz der Vorlage verweisen, nach der die Verwaltung dem Ausschuss neuere Erkenntnis bekannt geben werde. Derzeitig sei eine Diskussion überflüssig, da das vorgesehene Schulgesetz nur als Entwurf bekannt sei und die Frage der Höchst- und Mindestfrequenzen der Klassenfrequenzrichtwerte noch nicht geklärt sei. Der Ausschuss warte daher auf die Vorlage der Verwaltung.

Frau Beisenherz-Galas möchte gerne festgehalten wissen, dass die neuen Leitlinien eine Senkung der Klassenfrequenzen vorsehe. Dies sei ein ganz entscheidender Schritt in der Schulpolitik, den man beachten solle. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen führten dann evtl. nicht zu einer Aufgabe von Schulstandorten. Daher müsse man sich auch intensiv mit der Sanierung der Schulen und deren Finanzierung befassen. Dies sei eine gänzlich neue Situation, über die sie persönlich sehr froh sei.

Herr Schütz begrüßt ebenfalls die Reduzierung der Klassenfrequenzen. Kleinere Klassen seien pädagogisch sinnvoller. Jeder einzelne Schüler könne dadurch mehr Aufmerksamkeit der Lehrer erfahren und besser gefördert werden. Er lese die Vorlage so, dass die Verwaltung die Aufgabe des Schulstandortes Reuterstr. erst einmal aufgegeben oder verschoben habe, dies aber der Verwaltung nicht so recht sei.

Herr Dr. Miede erklärt, in der Projektarbeit seien drei Lösungsmodelle vorgestellt worden. Jeder sei aufgefordert, über weitere Modelle nachzudenken. Die Verwaltung habe mit dieser Vorlage nur auf eine fiktive Beschlusslage des Landtages, die Klassenfrequenzrichtwerte schrittweise zu reduzieren, reagiert. Solange dies nicht abschließend geregelt sei, sei es müßig darüber zu diskutieren. Er bitte darum, die Beratungen im Landtag abzuwarten.

Frau Koshofer möchte auch noch einmal auf das Thema Errichtung einer Gesamtschule ansprechen. Dies solle doch überlegt werden, angesichts der mangelhaften Anmeldungen bei der Hauptschule und der derzeitigen Überlegungen zu den Klassenfrequenzen im Landtag. Standort gebe es ja genug.

Herr Kleine findet, der Ausschuss solle dem Ergebnisse nicht vorgreifen und auf Dinge hinweisen, die noch in der Landespolitik beraten würden. Er sei, wie jeder hier im Ausschuss, nicht für eine Schließung. Kein Schüler solle auf die Straße gesetzt werden, kein Lehrer seinen Arbeitsplatz verlieren, aber die Diskussionen jetzt bereits zu führen, hieße evtl. Hoffnungen zu nähren, die nachher nicht eingehalten werden könnten. Daher solle erst einmal die Beratung im Landtag abgewartet werden. Dann könne man immer noch dazu Stellung nehmen. An den Realitäten könne man nicht ganz vorbeigehen.

Herr Santillán erklärt, er verstehe eine solche Mitteilungsvorlage auch so, dass die Ausschussmitglieder ihre Anregungen in den Prozess einbringen könnten. Es sei ihm und auch Frau Beisenherz-Galas durchaus bewusst, dass der Prozess noch andauere. Trotzdem sei es ihnen ein Anliegen, bestimmte Punkte dem Ausschuss vorzubringen. Daher finde er es nicht korrekt, dass eine Diskussion darüber „abgewürgt“ werde. Es werde ja keine Entscheidung getroffen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. **Weiterentwicklung der Sozialpädagogischen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsmaßnahmen (SBBE) - Verwendung der zusätzlichen Mittel**
0450/2011

Frau Lehnert beantragt für die CDU-Fraktion die Streichung der Ziffer 3 der Beschlussempfehlung. Der Beschluss, der in der letzten Sitzung des ABKSS wie auch im Rat gefällt worden sei, solle beibehalten werden. Sie sei überrascht und auch verärgert über den hier vorgelegten Beschlussvorschlag. Die CDU habe in der letzten Sitzung dieses Ausschusses die Herausnahme der IGP aus der Förderung beantragt und auch begründet. Dies sei auch so im ABKSS und im Rat beschlossen worden. Zwischenzeitlich habe es keine Änderung in der Landesförderung für eine Gesamtschule gegeben. Auch seien keine geänderten Fakten bzw. andere Sachgründe bekannt, um von dem damals gefassten Beschluss abzuweichen. Umso überraschter sei sie über den Vorschlag, der vom Ratsbeschluss abweiche, und frage sich, wer Herr des Verfahrens sei. Die CDU-Fraktion werde der Beschlussvorlage ohne der Ziffer 3 zustimmen.

Herr Dr. Speer erläutert, der Ratsbeschluss sehe eine Erhöhung der Pauschale um 10.000 Euro vor. Jedes zusätzliche Kind solle mit 100 Euro gefördert werden. Somit könnten 100 Kinder gefördert werden. Die Verwaltung habe daraufhin gemeinsam mit den Schulleitungen und den Trägern der offenen Jugendhilfe am 31. August ergebnisoffen über eine mögliche Verteilung der Mittel konfe-

riert. Ein Ergebnis dieser Besprechung sei auch die Einbeziehung der IGP gewesen. Die Verwaltung habe nicht die Intention gehabt, den Ratsbeschluss zu missachten. Die Vorlage sei das Ergebnis der Diskussion mit den Schulleitungen und den Trägern der freien Jugendhilfe um die Neugestaltung der Zuschüsse

Frau Lehnert entgegnet, die Aussage in dem Beschluss des ABKSS und des Rates sei so eindeutig, dass aus ihrer Sicht eine Option über eine Beteiligung der IGP gar nicht mehr zur Debatte gestanden hätte.

Herr Zenz möchte noch darauf hinweisen, man habe es hier auch mit einer Jugendhilfesaufgabe zu tun. Und es sei das Recht des Jugendhilfeausschusses, über die sachgerechte Verwendung der Mittel, die der Rat zur Verfügung stelle, zu entscheiden. Im Endeffekt gehe es um die Sicherstellung der Nachmittagsbetreuung der Schulkinder. Dies sei im Jugendhilfegesetz so auch grundgelegt. In dieser Vorlage gehe es jetzt um die sachgerechte Verwendung der Mittel. Problematisch sehe er daher die Herausnahme einer ganz bestimmten Schule von dem Recht, für Kinder eine Tagesbetreuung anzubieten. Die IGP halte Dienstags kein Betreuungsangebot vor. Aus dieser Warte hätten die Verwaltung, die Schulleitungen und die Träger der freien Jugendhilfe es für erforderlich angesehen, die IGP hier mit einzubeziehen.

Herr Dr. Bernhauser möchte noch einmal auf die Bindung des Ratsbeschlusses hinweisen. Die Ziffer 3 des Beschlussvorschlages widerspreche den Ratsbeschluss. Er betont noch, die IGP erhalte als gebundene Ganztagschule Landesmittel für den Ganzttag. Sie habe ganz andere Möglichkeiten als die anderen Schulen. Vier Nachmittage seien über den Schuletat abgedeckt und für den Dienstag könne es auch eine schuleigene Lösung geben, die möglicherweise auch unterstützt würde. Aus dieser Berechnung sei die IGP aber eher herauszunehmen.

Herr Santillán findet, die Verwaltung habe gut dargelegt, wie dieser Vorschlag zustande gekommen sei. Er finde dies auch inhaltlich durchaus schlüssig. Die CDU-Fraktion weise immer nur auf den Ratsbeschluss hin, gebe aber keine inhaltliche Begründung, warum an der IGP dies nicht möglich sein solle. Er finde, dem Vorschlag der Schulen, die ja dies auch umsetzen, solle man durchaus folgen.

Herr Dr. Miede weist noch einmal auf den entscheidenden Punkt hin. Die Frage sei, ob die IGP, die an einem Nachmittag kein Angebot vorhalte, mit der Summe von 2.500 € beteiligt werde.

Herr Dr. Miede stellt den höherrangigen Antrag der CDU-Fraktion, über die Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlages ohne die Ziffer 3 abzustimmen, zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport folgt **mehrheitlich** mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB bei einer Enthaltung aus den Reihen der KIDinitiative dem Antrag der CDU-Fraktion und fasst folgende Beschlussempfehlung:

1. Die Gruppenpauschale (2.500 € pro angefangene 25 Schüler/innen) wird weiterhin mit höchstens 2 Gruppen pro Schule gewährt.
2. Die nicht durch die Gruppenpauschalen verbrauchten Fördermittel werden als Platzpauschale (100 € pro Kind) ab dem 51. Kind in den Maßnahmen gewährt. Reichen die zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel nicht aus, um jeden Platz ab dem 51. Kind mit 100 € zu fördern, wird die Platzpauschale so angepasst, dass alle vorgehaltenen Plätze bezuschusst werden können. Zur Berechnung der Platzpauschale werden die zum Stichtag (1. Tag nach den Herbstferien) von den Schulen gemeldeten Kinder herangezogen. Bei kooperierenden Schulen werden die Platzpauschalen maßnahmebezogen und nicht schulscharf gewährt.

7.1. Erhöhte Landesförderung für das Außerunterrichtliche Angebot an den städtischen Grundschulen
0481/2011

Dieser Tagesordnungspunkt wurde einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt (siehe TOP A1).

8. Jahresbericht Kultur 2010
0376/2011

Herr Dr. Mieke schlägt vor, die einzelnen Berichte nacheinander zu behandeln.

Produktgruppe Kulturförderung

Frau Lehnert dankt dem Kulturbüro für die gute Zusammenarbeit und den gut dargestellten Projekten. Dem schließt sich der Ausschuss an.

Herr Kleine weist auf die Förderung des Karnevals und der kirchlichen Büchereien hin. Im Zuge der Haushaltsberatungen seien diese Förderungen zu hinterfragen. Gut finde er den „Runden Tisch für Multiplikatoren zum Generationenübergreifenden Bildungsmodell für die OGS – lernen voneinander und lernen miteinander“ und hoffe, dass dieser konstruktive Arbeit weitergeführt werde.

Frau Beisenherz-Galas möchte gerne wissen, mit welchem Betrag das Konzert „20 Jahre Deutsche Einheit“ und das Kultur- und Stadtfest gefördert worden sei.

Herr Dr. Speer erklärt, das Konzert habe ca. 5.550 € gekostet. Ein Großteil der Kosten sei über Spenden und einem Zuschuss der Kultur- und Umweltstiftung der Kreissparkasse finanziert worden. Das Kulturbüro habe die Veranstaltung mit 2.500 € unterstützt. Das Kultur- und Stadtfest, deren Veranstalter die IG Stadtmitte sei, werde nicht mit einem Zuschuss unterstützt. Es entstünden lediglich Kosten für die Durchführung der Kultur- und Vereinsmeile und dem vom Kulturbüro organisierten Rahmenprogramm.

Frau Weymans ergänzt, die Kosten für den Auf- und Abbau der Stände, deren Bewachung, Material für das Rahmenprogramm, den Anteil am Eröffnungskonzert und den Toilettenreinigungskosten im Bergischen Löwen seien mit ca. 850 € zu beziffern. Für die Bereitstellung der Stände für die Kultur- und Vereinsmeile sowie dem nachmittäglichen Bühnenprogramm fielen keine Kosten an.

Frau Koshofer findet die Kulturprojektförderung für die Freie Kulturszene sehr wichtig. Ferner lobt sie das großartige Konzert „20 Jahre Deutsche Einheit“. Bezüglich des Kultur- und Stadtfestes möchte gerne wissen, wie man die Kultur- und Vereinsmeile besser bekannt machen könnte. Einige Teilnehmer der Kultur- und Vereinsbörse hätten sie auf die geringe Resonanz der Besucher des Kultur- und Stadtfestes angesprochen.

Frau Weymans erklärt, insgesamt hätten weniger Menschen am Samstag das Kultur- und Stadtfest besucht als in den vorangegangenen Jahren. Dies hätten auch die Händler auf der Hauptstraße bemerkt. Am Sonntag sei dann nach einem vierstündigen Dauerregen die Kultur- und Vereinsmeile auf Grund „Durchnässung“ am Nachmittag beendet worden.

Produktgruppe Stadtbücherei

Herr Kleine dankt Frau Lenz-Reichwein und ihrem Team für die gute Arbeit. Besonders gut habe der SPD-Fraktion der Sommerleseclub 2010 gefallen. Die Fraktion hoffe, dass dies im nächsten Jahr wiederholt werde. Er möchte noch den günstigen Mietvertrag aufmerksam machen. Es frage sich, was nach dem Auslaufen des fünfjährigen Mietvertrages auf die Stadt zukomme. Dies solle im Auge behalten werden.

Frau Lehnert schließt sich dem Dank von Herrn Kleine an. Auch sie findet den Sommerleseclub sehr gut. Offensichtlich sei es über das richtige Projekt möglich, Kinder wieder zum Lesen zu bringen. Sie hoffe auf eine Fortführung des Projektes.

Frau Beisenherz-Galas dankt Frau Lenz-Reichwein für ihre erneute Unterstützung beim Schreibwettbewerb des Stadtverbandes Kultur.

Produktgruppe Volkshochschule

Herr Kleine spricht die Übernahme der stellvertretenden VHS-Leitung durch den zuständigen Fachbereichsleiter an. Hier sollte auf Grund der zeitlichen Belastung für die Zukunft nach einer anderen Lösung gesucht werden. Bezüglich der ESF-Kurse (Seite 31) hoffe er, dass dieses gute Angebot weitergeführt und wenn möglich ausgebaut werde

Frau Lehnert dankt Frau Dr. Killersreiter für die positive Entwicklung der VHS trotz des engen Budgets. Auch sie finde eine Fortsetzung des ESF-Kurses begrüßenswert. Sie möchte noch gerne in diesem Zusammenhang wissen, ob Frau Dr. Killersreiter mit ihrer Formulierung „die Kosten (...) seien gedeckt, weitere Erstattungen stünden noch aus“ von einer Überdeckung ausgehe.

Frau Dr. Killersreiter erklärt, das Abrechnungsverfahren dieses Angebotes sei sehr kompliziert. Der Kurs habe in 2010 stattgefunden, sie habe aber erst vor einem Monat eine Abrechnung erhalten, da noch das Problem der von ihr geltend gemachten fiktiven Mietkosten zu klären gewesen sei. Hier habe es eine positive Entscheidung gegeben. Von einer Überdeckung könne weniger gesprochen werden. Auf Grund der Abrechnungsproblematik habe nun das BAMF Pauschalen eingeführt, die sehr gering seien. Dies habe zur Folge, dass sich eine Durchführung der ESF-Kurse für die VHS nicht mehr rechnet. Es werde momentan überlegt, ob die VHS personell und finanziell erneut in so ein Projekt einsteigen könne.

Frau Koshofer schließt sich dem Dank von Frau Lehnert an. Sie habe noch eine Frage zu der Stelle des Systemadministrators. Sie werde immer wieder von Lehrern auf die Probleme mit den Computern in den Schulen angesprochen. Sie möchte gerne wissen, ob die Schulen sich bei Problemen auch an diesen Systemadministrator wenden könnten.

Frau Dr. Killersreiter erklärt, hier habe es nur eine Stellenverschiebung zum zuständigen Fachbereich 1 gegeben. Die Betreuung erfolge nun über den Fachbereich. Die Schulen könnten bei Problemen auch auf Systemadministratoren zurückgreifen. Ferner hätten viele Lehrer, die Informatik unterrichteten, auch ein Grundkenntnisschatz zur Lösung von Problemen.

Herr Dr. Speer fügt ergänzend hinzu, die Systemadministratoren, die in der Vorlage angesprochen seien, seien für die städtischen Angelegenheiten zuständig. Die Schulen erhielten Hilfe von der Schulverwaltung. Die Schulverwaltung habe mit Netcologne einen Servicevertrag abgeschlossen, die den Second-Level-Support übernehme.

Auf Rückfrage von Frau Beisenherz-Galas zu den Integrationskursen Deutsch erklärt Frau Dr. Killersreiter, die normalen Integrationskurse blieben erhalten. Das von ihr beschriebene Problem beziehe sich nur auf das Zusatzprogramm ESF-Kurs.

Produktgruppe Haus der Musik

Herr Kleine begrüßt das auf Seite 34 beschriebene Unterrichtsangebot, vor allem die Kooperationen mit den allgemeinbildenden Schulen und den Kindertagesstätten. Es sei der richtige Weg schon die Jüngsten abzuholen und mitzunehmen. Er möchte noch auf die Teilnahme am Wettbewerb „Jugend musiziert“ eingehen. Die Erfolge zeugten von der guten Arbeit der Musikschule. Er möchte gerne wissen, ob hier noch eine Steigerung möglich sei. Er möchte auch Herrn Herweg für die gute Arbeit der Musikschule danken.

Herr Herweg erklärt, bei dem Wettbewerb „Jugend musiziert“ habe es im letzten Jahr einen Aufwärtstrend gegeben. Der Erfolg sei aber immer auch von den Instrumentengruppen und dem Interesse an den Instrumentenfächern abhängig. Er hoffe, dass die Musikschule in 2012 wieder besonders gut aufwarte, auch weil die Musikschule dann den Wettbewerb ausrichten werde.

Frau Lehnert schließt sich dem Lob von Herrn Kleine gerne an. Auch sie finde die Entwicklung bei „Jugend musiziert“ erfreulich, natürlich sei dies auch immer von den Schülerinnen und Schülern abhängig. Dennoch sei das Engagement der Kolleginnen und Kollegen lobenswert. Sonst könnten diese Erfolge nicht zustande kommen. Sie habe noch eine Frage zu den sinkenden Schülerzahlen. Dies bedeute ein Zurückgehen der kontinuierlichen Arbeit zugunsten der Projektarbeit. Sie möchte gerne wissen, wie die weitere Entwicklung eingeschätzt werde.

Herr Herweg sieht den ständig längeren Verbleib der Schülerinnen und Schüler in den Schulen bezogen auf die kontinuierliche Übungszeit für ein Instrument problematisch. Die Zeit, ein Musikinstrument zu üben, werde immer weniger. Auf langer Sicht müsse man sich über Alternativen Gedanken machen, wie z.B. auch an Samstagen Musikunterrichtangebote zu machen.

Herr Dr. Bernhauser möchte gerne wissen, ob die Raumnot der Musikschule auf die Nutzung der Musikschule für privaten angebotenen Musikunterricht zurückzuführen sei.

Herr Herweg verneint dies. Die Nutzung der Musikschule für den privat angebotenen Musikunterricht sei marginal.

Herr Santillán möchte noch gerne wissen, ob Schülerinnen und Schüler der Musikschule das Angebot des Bildungs- und Teilhabepakets in Anspruch nähmen.

Herr Herweg erklärt, das Angebot werde nur in geringem Umfang in Anspruch genommen. Derzeit gebe es nur sechs Anspruchsberechtigte. Die Zahl sei auch gesunken. Beim Löwenpass seien die Ermäßigungen erheblich umfangreicher gewesen.

Produktgruppe Kunst- und Kulturbesitz

Auch hier möchte Frau Lehnert einen herzlichen Dank an Frau Dr. Oelschlägel für die erfreuliche Entwicklung und die vielen interessanten Ausstellungen aussprechen. Sie hoffe, dass dies auch in Zukunft so weitergeführt werde und viele Bergisch Gladbacherinnen und Bergisch Gladbacher die Städtische Galerie besuchten.

Herr Kleine hat eine Nachfrage zum Absatz 2 letzten Satz (Seite 38). Danach sei die Aufrechterhaltung einer funktionierenden Einrichtung nach außen hin noch gelungen, tatsächlich werde aber der Unterschied zu vergleichbaren Institutionen immer deutlicher. Hier möchte er gerne wissen, wie man dies messen könne und ob sich dies mit einer Kennzahl objektivieren ließe. Ferner möchte er gerne wissen, welche Institutionen im Bundesgebiet mit der Städtischen Galerie Villa Zanders vergleichbar seien und wie dort die Entwicklungen seien. Er finde, solche Aussagen seien schnell gemacht, sollten aber im nächsten Bericht etwas objektiviert werden. Beim Thema Veranstaltungen (Seite 39) habe er eine Nachfrage zu der Aussage, dass ein derartiges Engagement bei dem derzeitigen reduzierten Personalstand nicht mehr möglich sei. Hier möchte er gerne wissen, ob dann gar keine Veranstaltungen oder nur noch in geringerem Maße stattfänden. Ferner möchte er auf den letzten Absatz der Vorlage eingehen, wonach Museen von ihrer Tradition und ihrem gesellschaftlichen Auftrag her keine Geschäftsbetriebe seien und der Zwang zur Rentabilität nicht gegeben sein solle. Dies sei eine Selbstverständlichkeit und allen deutlich. Allerdings gehe es auch darum, bei der knappen Finanzsituation durch eine mögliche Ausweitung der Nutzung zusätzliche Einnahmen zu erzielen. Er habe den Eindruck, dass die Museumleitung dies nicht mehr wolle. Zuletzt habe er zu der auf der Seite 40 angesprochenen Werbekampagne des Lindlarers Museums eine Frage. Er möchte gerne wissen, ob das Konzept auf Bergisch Gladbach übertragbar sei und ob der Ausschuss in dieser Sache helfen könne.

Frau Beisenherz-Galas möchte auf die große Anzahl von Veranstaltungen hinweisen, die lobend erwähnt worden seien. Gleichzeitig sei aber in der Zeitung eine kontraproduktive Aussage des Kämmers Herrn Mumdey zum Museum zu lesen gewesen. Angeblich, so sei er zitiert worden, koste die Villa nur und komme überhaupt nicht bei der Bevölkerung an und dieses Geld könne sich Bergisch Gladbach doch sparen. Der Kulturbericht vermittele da einen ganz anderen Eindruck. Zum Bericht Schulmuseum möchte sie nur ergänzen, der Anbau werde auch mit Mitteln des Landschaftsverbandes Rheinland gefördert.

Herr Mumdey entgegnet, bei allen Wünschen dürfe man nicht den Blick auf die Realitäten verlieren. In den nächsten drei Jahren müssten nach einem Gespräch mit dem Landrat noch 750.000 Euro im Korridor eingespart werden. Die Hauptpositionen im Korridor stellten die Fachbereiche Jugend und Soziales und Bildung, Kultur, Schule und Sport. Dem Bereich Jugend und Soziales sei nach der letzten Sparrunde bereits signalisiert worden keine weiteren Einsparungen vorzunehmen. Somit müssten im Fachbereich Bildung, Kultur, Schule und Sport weitere Einsparungen vorgenommen werden. Er habe im Interview von keiner konkreten Einrichtung gesprochen, sondern gesagt, es gebe im kulturellen Bereich durchaus Einrichtungen, die eigentlich immer dazugehörten, die auch in der Bevölkerung abgefragt würden und er sich angesichts der Besucherzahlen der Musikschule den Eindruck habe, dass dies dort der Fall sei. Er habe sogar die Musikschule gelobt. Er habe ferner ganz allgemein gesagt, man solle immer sorgfältig darauf achten, wann man ein wirkliches Bedürfnis der Bevölkerung befriedige oder wo die Grenze zur Kultur um der Kultur willen liege. Er sei der Auffassung, man sei zunächst einmal verpflichtet der Bevölkerung zu dienen. Dies habe er damit ganz allgemein zum Ausdruck bringen wollen.

Auch Frau Dietsch kritisiert die Äußerung von Herrn Mumdey gegenüber der Presse. Nach außen werde der Eindruck erweckt, der Ausschuss habe schon etwas beschlossen bzw. würde nach rein finanziellen Aspekten entscheiden. Dies sei aber gar nicht der Fall. Dies empfinde sie als sehr ärgerlich. Die ehrenamtlichen Helfer der Villa Zanders seien durch solche Äußerungen beunruhigt. Sie bitte Herrn Mumdey, er möge bei öffentlichen Auftritten zwischen seiner Privatmeinung und der Meinung, wofür er ein politisches Mandat habe, unterscheiden. Der Ausschuss habe nicht gesagt, es würden Hunderttausende Euro verbraucht, ohne Widerhall in der Bevölkerung zu finden. Dies sei nicht die Meinung dieses Ausschusses.

Herr Mumdey erklärt, er werde derartige Differenzierungen nicht vornehmen. Er könne dieses Ansinnen nicht nachvollziehen. Er könne bei einem öffentlichen Termin durchaus seine Meinung sa-

gen. Auch sei der Korridor eine Vorgabe an Rat und Verwaltung und bekannt. Er sehe den Einsparungsvorschlägen der Politik mit großem Interesse entgegen.

Herr Dr. Miede findet, man solle nicht hin und her interpretieren. Es ergäben sich nun einmal, wie auch beim Bereich Schule durch die drei maroden Gebäude und den sinkenden Schülerzahlen sachliche Zwänge. Herr Mumdey weise in seiner Eigenschaft als Kämmerer auf die Verpflichtung zu weiteren Einsparungen hin. Dies müsse er qua Amt machen.

Frau Koshofer betont, sie sehe die Städtische Galerie Villa Zanders als eine sehr wichtige Institution in dieser Stadt, die auch akzeptiert werde. Man solle die Bemühungen von Frau Dr. Oelschlägel erst einmal positiv abwarten und bei der Verstärkung der Akzeptanz helfen.

Herr Dr. Miede schlägt vor, Frau Dr. Oelschlägel solle mit der Verwaltung zusammen einen Vorschlag erarbeiten, wann und wie die Zahl der privaten Veranstaltungen unter dem Gesichtspunkt Personalbedarf gehalten, wenn nicht sogar gesteigert werden könne.

Herr Dr. Bernhauser erinnert Herrn Mumdey daran, er sei nicht nur Kämmerer sondern auch Kulturdezernent und er möge auch diese Funktion wahrnehmen

Herr Santillán dankt für Beisenherz-Galas dafür, dass sie dieses Thema im Ausschuss angesprochen habe. Aber er finde die Diskussion „aufgeblasen“. Er halte es für richtig, dass Herr Mumdey mitteile, was der Ausschuss und der Rat in den letzten Jahren beschlossen habe. Und alle Entscheidungen würden letztendlich auf Grundlage so genannter haushaltspolitischer Sachzwänge getroffen. Für ihn sei es völlig angemessen, wenn der Kämmerer von Anfang an darauf aufmerksam mache.

Frau Beisenherz-Galas macht darauf aufmerksam, die Fraktion BÜNDNIS 90 / Die Grünen hätten bereits Vorschläge gemacht, wie die Auflösung der Bädergesellschaft zur Sanierung der Schulen und für die Kultur. Angeblich sei dies aber nicht möglich. Es werde immer in der Kultur gespart. Für sie wolle man einfach nicht voran denken.

Herr Dr. Miede bittet darum, jetzt nicht den Haushaltsberatungen vorzugreifen, sondern in der Diskussion des Kulturberichtes zu bleiben.

Frau Dr. Oelschlägel erklärt, der Bericht beziehe sich auf das Jahr 2010. Mittlerweise gebe es im Personalbereich durch die Unterstützung der GL-Service gGmbH positive Entwicklungen. Die privaten Veranstaltungen und die Veranstaltungen, die nicht reine Museumsveranstaltungen seien, würden weiter stattfinden, sogar ausgebaut. Aber es seien Mittel für deren Bewerbung nötig. Sie finde, sie seien auf einem guten Weg. Über die Akzeptanz bei den Besuchern könne sie nicht klagen. Die Städtische Galerie Villa Zanders sei nicht nur eine kulturelle Institution, sondern auch eine Bildungsinstitution und werde von ganz unterschiedlichen Gruppierungen, wie Kindertagesstätten, Schulen, freien Gruppen, Seniorengruppen und Einzelbesuchern wahrgenommen und auch gewünscht.

Herr Dr. Speer verweist ergänzend auf die beschlossene Vorlage zur neuen Entgeltordnung, nach der gerade für die Abendveranstaltungen die Personalkosten für den Hausmeister auf die Nutzer umgelegt würden. Das Museum Lindlar könne man nicht mit dem Bergischen Museum in Bensberg vergleichen, da das Museum des Landschaftsverbandes über eine ganz andere finanzielle Ausstattung verfüge. Auf Grund des Nothaushaltes könne sich derzeit das Bergische Museum nicht fortentwickeln, sondern nur bewahrend tätig sein.

Frau Dietsch erklärt abschließend, alle rängen derzeit um den richtigen Kurs für die Villa Zanders. Es gebe ein neues Konzept, neue Wege würden ausprobiert. Alle seien sich aber auch einig darin, dass vermehrt Einnahmen erzielt und Ausgaben vermindert werden müssten.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

9. Bericht des Stadtarchivs über das Jahr 2010
0250/2011

Herr Dr. Eßer teilt ergänzt mit, das Stadtarchiv werde in Zusammenarbeit mit dem Lehrerbildungszentrum der Universität zu Köln im November 2011 eine Fortbildungsveranstaltung für Lehrer zum Einsatz lokaler Quellen im Geschichtsunterricht am Beispiel der Stadt Bergisch Gladbach und der vom Stadtarchiv herausgegebenen Quellenhefte zur Bergisch Gladbacher Stadtgeschichte durchführen.

Herr Dr. Miede findet dies hervorragend.

Frau Winkels lobt die quantitativ und qualitativ hochwertige Arbeit des Stadtarchivs. Sie möchte gerne noch wissen, ob eine räumliche Verlagerung des Stadtarchivs geplant sei.

Herr Dr. Eßer erklärt, das Stadtarchiv sei in zwei Räumlichkeiten untergebracht. Zum einen seien sie in städtischen Räumen im „Alten Arbeitsamt“ unterbracht. Zum anderen befänden sich die Magazinräume in einem von Privathand angemieteten Trakt. Der Mietvertrag hierfür sei 1991 für 25 Jahre abgeschlossen worden und laufe 2016 aus. Die Konzipierung der Dimension des Magazins sei damals auf den bis dahin zu erwartenden Zuwachs ausgerichtet gewesen. Dies habe sich in etwa auch so verwirklicht. Das städtische Gebäude sei laut Fachbereich 8 in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Derzeit sei die Frage nach einer räumlichen Unterbringung noch nicht geklärt.

Frau Lehnert merkt an, die CDU-Fraktion freue sich über die Steigerung der Aufmerksamkeit des Stadtarchivs, was an den erhöhten Besucherzahlen ablesbar sei. Das Stadtarchiv sei wieder mehr in den Fokus der Bergisch Gladbacher Bevölkerung gekommen.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

10. Theaterbericht 2010 der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH
0426/2011

Herr Dr. Miede spricht das fremdsprachliche Theater an, welches auf Grund zu geringem Zuschaufkommen und hoher finanzieller Belastung aus dem Programm genommen wurde. Er habe daher die entsprechenden Bergisch Gladbacher Schulen angeschrieben und darum gebeten, in den Fachkonferenzen prüfen zu lassen, ob in den Oberstufen ein Interesse an diesen fremdsprachlichen Aufführungen bestehe. Danach könne überlegt werden, ob das fremdsprachliche Theater wieder ins Programm aufgenommen werde.

Frau Lehnert lobt die Arbeit von Herrn Pfenning. Es sei ihm trotz eines eingeschränkten Budgets gelungen, ein eindrucksvolles Programm zusammen zustellen. Sie hoffe, dass ihm dies auch in Zukunft gelinge.

Herr Kleine findet es erstaunlich, dass trotz des enormen Sparzwanges noch ein so großartiges und vielfältiges Programm erstellt worden sei und möchte Herrn Pfenning ebenfalls dafür danken. Er möchte noch auf die in der Vorlage angesprochene Problematik der Ausweitung der kostenpflichtigen Parkzeiten eingehen. Diese Ausstrahlungswirkungen seien evtl. beim Beschluss nicht bedacht

worden. Vielleicht könne man eine Art Theaterticket mit einem Sonderpreis einführen oder eine andere Lösung finden.

Herr Pfenning erklärt, es gebe nicht die Möglichkeit in der Garage Bergischer Löwe ein Tagesticket zu erwerben, wohl aber auf den anderen Parkplätzen. Hier gehe es jedoch um Zeit zwischen 19.00 bis 20.00 Uhr. Die Ausweitung der kostenpflichtigen Endzeit sei noch nicht allen Bürgerinnen und Bürgern bekannt. Viele Besucher hätten „Knöllchen“ bekommen. Im Bergischen Löwen habe man dann zur Information Schilder aufgehängt. Viele Besucher hätten auch gedacht, das Bürgerhaus Bergischer Löwe habe die Parkgebühren erhöht und hätten sich beschwert. Es habe sogar Kündigungen im Abo-Bereich mit der Begründung der zu hohen persönlichen finanziellen Belastung gegeben

Herr Dr. Miede bittet zu prüfen, ob es nicht wie in Köln möglich sei, ein Ticket für die gesamte Zeit der entsprechenden Aufführung zu erwerben, welches dann mit dem Ticket der Veranstaltung identisch sei. Hier sollten Lösungsmöglichkeiten mit der Verwaltung gesucht werden.

Frau Koshofer möchte sich ihren Vorrednern anschließen.

Herr Santillán findet, die Auswirkungen der Ausweitung der kostenpflichtigen Parkzeiten auf den Abendverkehr und die kulturellen Veranstaltungen seien schon entsprechend diskutiert worden. Er rege an, nicht nur eine Lösung für die Autofahrer zu suchen, sondern auch für die Personen, die den öffentlichen Nahverkehr benutzen. Auch hier sollte eine Kombination mit dem 1b-Ticket gefunden werden.

Frau Dr. Killersreiter möchte darauf hinweisen, diese Probleme hätte auch die Volkshochschule. Viele Kurse fänden abends statt. Bei einem Sprachkurs z.B. müssten die Teilnehmer bei 10 Terminen bis zu 20 € zusätzlich zahlen. Es seien viele Beschwerden eingegangen. Auch hier hätten Teilnehmer auf Grund der Ausweitung der kostenpflichtigen Parkzeit bis 20.00 Uhr keine Kurse mehr gebucht. Sollte nach einer Sonderregelung für den Bergischen Löwen gesucht werden, bitte sie darum, diese Problematik mit zu bedenken.

Auch Frau Dr. Oelschlägel möchte auf diese Problematik eingehen. Viele EhrenamtlerInnen, die in der Städtischen Galerie Villa Zanders Aufsichtsdienst machten, müssten auf Grund des derzeitigen Bezahlmodus in der Garage Bergischer Löwe häufig ihren Dienst unterbrechen, um beim Parkticket nachzulösen. Vielleicht könne man hier auch die Form der Zahlung ändern, indem erst bei der Ausfahrt gezahlt werde.

Herr Dr. Miede bittet die Verwaltung, diese Anregung bei der Prüfung mit zu beachten.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

11. Anhebung der Eintrittsentgelte für die Städtische Villa Zanders *0446/2011*

Frau Lehnert beantragt für die CDU-Fraktion bei den neuen Entgelten folgende Ergänzungen:

- In die Berechtigtenkreis für die „Ermäßigung € 2“ (Seite 68) sollten auch die Inhaber der Jugendleiterkarte (Juleika) aufgenommen werden.
- Der freie Eintritt am 1. Donnerstag im Monat (Seite 69) solle nur für Bergisch Gladbacherinnen und Bergisch Gladbacher (Wohnbevölkerung) gelten.

Herr Santillán möchte vor der Abstimmung noch gerne wissen, welche Einnahmen durch Eintrittsgelder in 2010 erzielt worden seien und wie sich diese ungefähr auf die einzelnen Gruppierungen verteilen. Ferner interessiere ihn die Prognose über die zukünftigen Einnahmen. Eine Erhöhung bzw. eine Verdoppelung der Preise habe ja nicht immer auch eine Verdoppelung der Einnahmen zur Folge. Die Fraktion LINKE./BfBB werde gegen die Erhöhung der Entgelte stimmen. Zusätzlich beantrage er in den Berechtigtenkreis für die „Ermäßigung € 2“ folgende Personenkreise aufzunehmen:

- Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die zu den sozial schwächsten in unserer Gesellschaft zählen und
- Behinderte mit Behindertenausweis.

Des Weiteren möchte er gerne wissen, wie die Personenkreise „Empfänger von Arbeitslosengeld II“ und „Empfänger von Leistungen nach dem SGB II“ ihren Ermäßigungsanspruch nachweisen sollten. Die meisten unter dem Punkt „Ermäßigung € 2“ aufgeführten Personenkreise hätten entsprechende Ausweise. Der von ihm angesprochene Personenkreis habe jedoch nur Leistungsbescheide. Es sei grundsätzlich richtig, dies hier zu verankern, es müsse jedoch auch ein System geben, wie z.B. Gutscheine oder ähnliches.

Herr Kamp regt die Aufnahme von Rentnern - Altersrentner - in den Berechtigtenkreis für die „Ermäßigung € 2“ an.

Herr Santillán hat noch eine Nachfrage zu den Schüler- und Kindertagesstättengruppen, deren Entgelt € 0,50 betrage. Er möchte gerne wissen, ob dies für die ganze Gruppe gelte oder für jedes Kind. Ferner stehe dies im Widerspruch zu der Formulierung Seite 69 oben „Kinder bis 6 Jahren frei“. Zu diesem Punkt hätte er gerne noch weitere Erklärungen.

Frau Dr. Oelschlägel erklärt, sie könne jetzt leider nicht die Einnahmen aus den Entgelten 2010 vorlegen. Die Neuregelung der Entgelte sei u.a. darauf zurückzuführen, dass bei Anfragen nach der Besucherzahl festgestellt worden sei, dass nur zahlende Besucher gezählt worden seien. Viele Besucher, die als Kindertagesstättengruppen gekommen seien, seien z.B. einem Hochzeitsgast gleichwertig gestellt, weil sie keinen Eintritt zahlten. Um hier stärker zu differenzieren, habe sie sich entschlossen, Schüler im Klassenverband, die bislang € 1 gezahlt hätten, wie auch Kindertagesstättenkinder, die bislang frei gewesen seien, mit € 0,50 zu berechnen. Damit seien sie alle zahlende Besucher. Dadurch könne man in der Statistik stärker differenzieren, was ja auch immer wieder gefordert werde. Vor der Erstellung dieser Vorlage habe sie sich über die Eintrittspreise anderer vergleichbarer Kunstmuseen informiert. Auch sei beider Schirmer- und Scheuren-Ausstellung 2010 in Absprache mit dem Bürgermeister ein doppelter Eintritt verlangt worden, da diese Ausstellung ungewöhnlich hochwertig und teuer gewesen sei. Diese Entgelte seien ohne Murren von den Besuchern gezahlt worden. Dies gelte auch für die neu geltenden Entgelte für die Anmietung des Erdgeschosses. Bisher habe es keinerlei Beschwerden für die Umlegung der abendlichen Hausmeister- bzw. Bewachungskosten gegeben. Eine Anhebung des Entgeltes auf € 4 sei für den Besucher des Kunstmuseums nicht unangemessen hoch, sondern eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Ein Teil der Besucher seien Mitglieder des Galerie + Schloss e.V.. Diese würden jedoch nach wie vor nicht in der Statistik geführt, da diese freien Eintritt hätten. Bezüglich der Vorlage eines Nachweises für die Ermäßigung möchte sie darauf hinweisen, dass in den Fällen, in denen ein Besucher auf eine Ermäßigungsmöglichkeit hinweise, dies großzügig gehandhabt werde. Auch habe sie bei der Erstellung der Personenkreise für eine Ermäßigung überlegt, ob man die Rentner berücksichtigen solle. Ein Teil der Rentner verfüge über ein hohes Einkommen, ein anderer Teil über ein geringes. Sollte ein Besucher nach einer Ermäßigung fragen, werde das Personal an der Kasse den niedrigeren Eintritt berechnen.

Frau Dietsch meint zu dem Vorschlag, Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in den Kanon der Berechtigten für die Ermäßigung aufzunehmen, diese könnten sich für ihren Be-

such den Donnerstag, an dem freier Eintritt gewährt werde, aussuchen, da diese ja nicht den Zwängen eines Berufstätigen unterliegen würden.

Herr Schütz möchte gerne wissen, ob die Mitglieder des Galerie + Schloss e.V. auch freien Eintritt hätten. Dies gehe so nicht aus der Formulierung hervor. Hier fehle, wie bei den beiden anderen ausdrücklich erwähnt, das Wort „frei“

Herr Dr. Miede stellt den weitestgehenden Vorschlag zur Abstimmung. Dieser enthält die neue Entgeltordnung inklusive der in den Anträgen aufgeführten Ergänzungen:

- in „Ermäßigung: € 2“ sind zusätzlich aufzunehmen Inhaber von Jugendleiterkarten, Behinderte mit Behindertenausweis, Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Rentner
- Freier Eintritt am 1. Donnerstag im Monat nur für Bergisch Gladbacherinnen und Bergisch Gladbach (Wohnbevölkerung)

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport **lehnt** mehrheitlich mit 9 Stimmen aus den Reihen von CDU und FDP bei keiner Enthaltung die neue Entgeltordnung inklusive aller Änderungsvorschläge **ab**.

Daraufhin lässt der Vorsitzende über die einzelnen Änderungsvorschläge abstimmen.

1. Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB auf Aufnahme von Behinderten mit Behindertenausweis in den Berechtigtenkreis für die Ermäßigung € 2

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport **stimmt** mehrheitlich mit 9 Stimmen aus den Reihen der CDU und FDP bei 8 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung **gegen** die Aufnahme von Behinderten mit Behindertenausweis in den Berechtigtenkreis für die Ermäßigung € 2.

2. Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB auf Aufnahme von Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in den Berechtigtenkreis für die Ermäßigung € 2

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport stimmt mit 8 Stimmen aus den Reihen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, KIDinitiative und DIE LINKE./BfBB für die Aufnahme von Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in den Berechtigtenkreis für die Ermäßigung € 2. Gegen diesen Antrag stimmen 8 Mitglieder aus den Reihen der CDU und FDP. Ein Mitglied aus den Reihen der FDP enthält sich. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag gem. § 50 I GO als **abgelehnt**.

3. Antrag von Herrn Kamps (beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NRW) auf Aufnahme von Rentner in den Berechtigtenkreis für die Ermäßigung € 2

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport **stimmt** mehrheitlich mit 10 Stimmen aus den Reihen der CDU, FDP und KIDinitiative bei 7 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung **gegen** die Aufnahme von Rentnern in den Berechtigtenkreis für die Ermäßigung € 2.

4. Antrag der CDU-Fraktion auf Aufnahme von Inhabern der Jugendleiterkarte in den Berechtigtenkreis für die Ermäßigung € 2

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport **stimmt** einstimmig bei keiner Enthaltung **für** die Aufnahme von Jugendleitern in den Berechtigtenkreis für die Ermäßigung € 2.

5. Antrag der CDU-Fraktion den freien Eintritt am 1. Donnerstag im Monat nur Bergisch Gladbacherinnen und Bergisch Gladbachern (Wohnbevölkerung) zu gewähren.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport **stimmt mehrheitlich** mit 14 Stimmen aus den Reihen der CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und KIDinitiative bei 3 Nein-Stimmen aus den Reihen von FDP und DIE LINKE./BFBB **dafür**, den freien Eintritt am 1. Donnerstag im Monat nur Bergisch Gladbacherinnen und Bergisch Gladbachern (Wohnbevölkerung) zu gewähren.

Zuletzt stellt Herr Dr. Miege die neue Entgeltordnung inklusive der zwei beschlossenen Änderungen zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport **stimmt mehrheitlich** bei einer Nein-Stimme aus den Reihen von DIE LINKE./BFBB und einer Enthaltung aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNE **für** die neue Entgeltordnung inklusive der zwei zuvor beschlossenen Änderungen.

Herr Adjano möchte noch nachträglich anmerken, dass die Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nicht von einer Ermäßigung ausgeschlossen werden sollten. Diese sollten integriert werden und am kulturellen Leben teilnehmen können.

Herr Dr. Miege entgegnet, dieser Personenkreis könne ja am entgeltfreien Donnerstag das Museum besuchen.

12. Bericht des Stadtverbandes Kultur e.V.
0374/2011

Herr Neu erklärt, die SPD-Fraktion nehme den Bericht des Stadtverbandes Kultur sehr positiv zur Kenntnis und möchte dem Stadtverband Kultur für seine Arbeit danken.

Diesem Dank schließt sich der Ausschuss an.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

13. Jahresbericht 2010 Bürgerzentrum Schildgen
0423/2011

Herr Dr. Speer teilt, er sei im Vorfeld von einer Fraktion gebeten worden, den TUS Schildgen um die Vorlage einer genaueren Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben zu bitten. Der Verein sei seiner Bitte bis heute leider noch nicht nachgekommen. Diese werde dann dem Ausschuss nachgeliefert.

Frau Scheerer möchte gerne wissen, ob dem TUS Schildgen nunmehr der neue Betreiber des Bürgerzentrums mitgeteilt worden sei.

Herr Dr. Speer antwortet, dies sei bereits geschehen.

Frau Koshofer möchte gerne wissen, warum der TUS Schildgen denn ein neues Vereinsheim suche. Es hieße doch, der TUS Schildgen könne im Bürgerzentrum bleiben. Auch wundere sie sich dar-

über, da der TUS Schildgen ja das Bürgerzentrum aus finanziellen Gründen nicht übernehmen wollte.

Herr Dr. Speer erklärt, hier müsse zwischen Nutzung des Bürgerzentrums für Kursangebote und Vereinsheim differenziert werden. Der TUS Schildgen nutze das Bürgerzentrum weiterhin für seine Kursangebote. Dies sei mit dem neuen Betreiber abgesprochen. Der Verein möchte nun für seinen Verein auf eigene Kosten ein eigenes Vereinsheim für seine gesellschaftlichen Aktivitäten bauen, sowie Blau-Weiß Hand oder der SV 09. Er habe die Verwaltung (Fachbereich 8) gebeten, ihm bei der Suche nach einem geeigneten Grundstück behilflich zu sein.

Herr Kraus findet den Bericht teilweise verbittert formuliert. Er findet in einem Bericht sollten mehr die Fakten dargelegt werden. Er bitte die Verwaltung darum, den Verein um einen neuen Kassenbericht zu bitten, in dem genau aufgeschlüsselt sei, wie der Überschuss zu Stande komme. Dies sei so nicht zu ersehen. Er hoffe, dass es eine reibungslose Übergabe geben werde und bitte die Verwaltung hier um Vermittlung.

Frau Scheerer möchte gerne wissen, ob die im Bürgerzentrum stattfindenden Kinoveranstaltungen weiter stattfänden. Frau Koshofer antwortet, der Filmtreff am Freitag würde weiter stattfinden.

Auch Herr Kamp bittet um eine neue Aufstellung der Finanzen. Ferner möchte er wissen, ob das Bürgerzentrum ab dem 01.01.2012 auch weiterhin als Bürgerzentrum geführt werde und von jedermann angemietet werden könne oder ob es eine vereinseigene Anlage werde.

Herr Dr. Speer erklärt, die Verwaltung werde sich weiterhin um die Vorlage eines neuen Kassenberichts bemühen. Das Bürgerzentrum werde auch in Zukunft als Bürgerzentrum geführt. Derzeit werde ein Vertrag erarbeitet.

Herr Dr. Miede bitte die Verwaltung um eine Vorlage für die nächste Ausschusssitzung, in der das Verfahren in 2012 dargelegt werde.

Frau Koshofer erklärt, sie hoffe, dass das Bürgerzentrum so weiter geführt werde. Sie sei selbst dort sportlich aktiv. Bisher gebe es keine Änderungen. Auch sie sei erstaunt über die emotionalen Äußerungen im Jahresbericht.

Herr Santillán möchte gerne näheres zu den baulichen Maßnahmen Schützenheim wissen.

Herr Dr. Miede teilt mit, diese Angelegenheit werde am 6.10. im Planungsausschuss behandelt.

Herr Rockenberg teilt mit, ein Trägermodell für die Bürgerzentrum zu entwickeln, sei seit Jahren ein Haushaltskonsolidierungsziel. Zwei Trägervereine seien damals gefunden worden. Diese betreiben die Bürgerzentren mit einem städtischen Zuschuss. Im letzten Jahr habe dann ein Verein sich für die Übernahme der Liegenschaft interessiert und der Stadt das Angebot gemacht, das Bürgerzentrums ohne städtischen Zuschuss weiterzuführen. Der bisherige Betreiber TUS Schildgen habe das Bürgerzentrum sowohl als Vereinsheim als auch für die sportlichen Aktivitäten des Vereins genutzt. Somit habe es zwei Interessenten gegeben mit grundsätzlichem Interesse am Objekt. Der Rat habe dann die Entscheidung getroffen. Unstrittig sei die weitere Nutzung als Bürgerzentrum. In der Praxis stelle sich nur die Frage, wer das Bürgerzentrum in welchem Umfang nutzen könne. Ein Vereinsheim des TUS Schildgen im Vereinsheim der Schützen werde es aber sicherlich nicht geben.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

14. Jahresbericht 2010 Bürgerzentrum Steinbreche
0449/2011

Herr Kraus erklärt, die CDU-Fraktion nehme diesen Bericht dankend zur Kenntnis. Dem schließen sich die anderen Ausschussmitglieder an.

15. Interkulturelles Filmfestival "Nahaufnahme"
0459/2011

Herr Dr. Speer teilt ergänzend mit, für die Vorstellungen im Puppenpavillon seien bereits 240 Anmeldungen eingegangen. Geplant worden sei mit zwei Vorstellungen à 50 Kinder. Für die Schulvorstellungen am Vormittag seien bisher zwei Anfragen eingegangen. Das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium werde mit einer 7. Klasse und die Johannes-Gutenberg-Realschule mit drei 8. Klassen den Film *Almanya* besuchen. Die Johannes-Gutenberg-Realschule habe die Verwaltung auch um eine fachliche Filmbegleitung gebeten.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

16. Anträge der Fraktionen

16.1. Antrag der FDP-Fraktion zur Optimierung der Wahrnehmung und Zugänglichkeit der Villa Zanders
0432/2011

Herr Dr. Miede schlägt vor, die Punkte 4 und 5 des FDP-Antrages auf Grund der in der Stellungnahme der Verwaltung genannten Gründe zu streichen und über die anderen Punkte abzustimmen.

Mit diesem Vorgehen zeigt sich die FDP-Fraktion einverstanden.

Herr Santillán moniert das Vorgehen. Er stellt fest, Prüfaufträge anderer Fraktionen würden immer mit dem Argument der Finanzierung und der Bindung der Mitarbeiter der Verwaltung abgewiesen. Hier habe die Verwaltung eigentlich schon alles geprüft. Dies sei der Antwort der Verwaltung zu entnehmen. Daher stelle er die Notwendigkeit der Abstimmung in Frage.

Herr Dr. Miede weist darauf hin, bei dem Antrag der FDP-Fraktion gehe es um die Aktivierung der gesamten Anlage. Dem könne er nur zustimmen zumal über Ziffer 4 und 5 nicht abgestimmt werde.

Frau Lehnert teilt mit, die Stellungnahme der Verwaltung zu Ziffer 6 habe sie überrascht, da diese die Einrichtung eines neu zu errichtenden Cafés grundsätzlich begrüße.

Herr Dr. Speer erklärt, er könne die Verwunderung von Frau Lehnert auf Grund seiner früheren kritischen Äußerung zur Betreibung eines eigenen Cafés angesichts der Gastronomie in der Innenstadt nachvollziehen. Er stelle sich auch nicht einen vollgastronomischen Betrieb vor, sondern die Möglichkeit in einem Museumsshop einen Kaffee bzw. eine Erfrischung zu erwerben.

Frau Koshofer ergänzt, die FDP-Fraktion habe auch nicht daran gedacht, dass die Stadt ein Café betreibe, sondern anderen Cafés die Möglichkeit eröffne, im Museum Getränke anzubieten.

Herr Kamp schließt sich der Äußerung von Frau Lehnert an. Er sehe hier eine wirtschaftliche Tätigkeit, die die Stadt nicht durchführen solle. Sie solle sich eher auf das Kernthema des Museum beschränken. Gegen die Aufstellung einer Kaffeemaschine sei jedoch nichts einzuwenden.

Herr Dr. Miede entgegnet, es gehe ja hier erst einmal um die Prüfung.

Herr Santillán findet, ein Kaffeeautomat sei nicht nötig. Im Umfeld der Galerie gebe es genügend Wettbewerber, wo man einen Kaffee bekommen könnte. Er möchte aber noch gerne von der Verwaltung wissen, was so ein Prüfauftrag kosten würde.

Herr Dr. Speer erklärt, die Frage der Kosten eines Prüfauftrages habe sich für ihn nicht gestellt, da derzeit ein solcher Neubau auf Grund der städtischen Haushaltslage – vor allem im freiwilligen Bereich - nicht zu finanzieren sei. Daher sei die Bauverwaltung auch nicht um eine Kostenschätzung gebeten worden.

Herr Willnecker versteht die momentane Aufregung nicht. Es gehe doch um die Prüfung der Möglichkeit, in der Villa Zanders einen Kaffee zu trinken, dies könne man evtl. auch mit einem Automaten lösen. Dazu müsse man kein Café bauen.

Herr Dr. Miede stellt den Antrag der FDP-Fraktion ohne die Punkte 4 und 5 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport stimmt mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB bei keiner Enthaltung für den Antrag der FDP-Fraktion.

Frau Dr. Oelschlägel möchte noch auf den Arbeitskreis Baukultur im Galerie+Schloss e.V. hinweisen, in dem verschiedene Architekten aus der Stadt vertreten seien. Dieser Arbeitskreis habe sich unabhängig vom Antrag der FDP-Fraktion ebenfalls Gedanken gemacht. Zum Thema Rückschnitt im Park habe der Arbeitskreis mit einem Landschaftsgärtner eine Bestandsaufnahme erstellt und die Kosten für einen Rückschnitt ermittelt. Evtl. sei über den Fachbereich StadtGrün oder die GL Service gGmbH auch eine kostengünstigere Regelung möglich. Der Arbeitskreis habe ansonsten einen sehr beeindruckenden Plan zum Umbau des Hauses vorgelegt.

17. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Scheerer hat eine Frage zur geplanten Einzäunung der Schulen, speziell der Otto-Hahn-Schule. Diese Einzäunung solle 80.000 € kosten. Eingezäunt werde dann auch der Basketballplatz, dessen Sanierung 25.000 € koste. Dies sei aber nicht mit enthalten. Durch die Einzäunung stehe dieser Platz dann nicht mehr den Jugendlichen zur Freizeitgestaltung zur Verfügung. Sie habe gehört, der Basketballplatz weise weniger Schäden durch Vandalismus auf als durch normale Abnutzung. Dies gelte auch für den angrenzenden Bolzplatz. Sie finde es kontraproduktiv 80.000 € für die Einzäunung zur Verfügung stellen, aber keine 25.000 € für die Sanierung von Freizeitmöglichkeiten für die Jugendlichen und möchte hierzu eine Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Rockenberg erklärt, diese Thematik sei am 22.09.11 im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden besprochen worden und weist auf die umfangreiche Vorlage der Verwaltung hin. Es gebe einen Zielkonflikt durch die Entwidmung von immer mehr öffentlichen Flächen. Herr Santillán habe dies zu Recht schon bei der letzten Ausschusssitzung und im Haupt- und Finanzaus-

schuss angesprochen. Der Bolzplatz bei der Otto-Hahn-Schule ist seitens der Verwaltung aus Verkehrssicherungsgründen vorübergehend geschlossen worden. Er weise nicht nur Verschleißerscheinungen auf, sondern sei auch durch Vandalismus zerstört worden. Es gebe den Beschluss bestimmte Schulen mit erheblichen Vandalismusschäden einzuzäunen. Dies sei genau an dieser Schule der Fall. Zuerst werde die Otto-Hahn-Schule incl. der Platzanlage eingezäunt und danach werde der Platz saniert. Über den Umgang von öffentlichen Plätzen und deren Schließung über Trägermodelle und der Forderung im Sportentwicklungsplan über öffentlich begehbare Sport-/ Bolz- oder Bewegungsplätze und den sich daraus ergebenden Konflikt müsse grundsätzlich nachgedacht werden. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden habe dies an den Fachausschuss weitergegeben. Die Problematik hätten alle erkannt.

Herr Neu möchte gerne wissen, ob es Neuerungen bezüglich des Vertrages mit dem SC 27 gebe.

Herr Rockenberg teilt mit, der Vertrag sei in der letzten Woche vom Verein unterschrieben zurückgegeben worden. Es gab eine Verzögerung auf Grund der Forderung der Grundschuld. Die beteiligten Banken hätten darüber noch diskutiert und schließlich auf diese Forderung verzichtet, da das Risiko der kreditgebenden Bank durch das Förderprogramm der NRW-Bank abgesichert sei. Es seien aber bereits bauvorbereitende Arbeiten vorgenommen worden, wie die Beschaffung von Steinen. Die Zaunanlage werde mit der Zaunanlage der Schule errichtet. Der Vertrag werde dem Ausschuss in der nächsten Ausschusssitzung vorgelegt.

Herr Santillán möchte noch einmal auf die Problematik der Schließung öffentlicher Plätze und der Forderung im Sportentwicklungsplan, die Sportanlagen den nicht organisierten Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung zu stellen, eingehen. Er möchte gerne wissen, wie die Verwaltung die Forderungen im Sportentwicklungsplan umsetze.

Herr Mumdey antwortet, der Rat habe in dem konkreten Fall Sportplatz Saaler Mühle einen Beschluss zugunsten des SC 27 gefasst. Die Verwaltung sei an den Ratsbeschluss gebunden und führe diesen auch aus.

Herr Santillán präzisiert seine Anfrage auf den dort befindlichen Basketballplatz.

Herr Dr. Speer erklärt, diese Problematik werde als Auftrag aus dem AAB im übernächsten Ausschuss behandelt.

Herr Dr. Mieke schließt den öffentlichen Teil der Sitzung

Dr. Wolfgang Mieke
Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung, Kultur, Schule und Sport

Dr. Lothar Speer
Fachbereichsleiter

Petra Weymans
Schriftführerin